



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Breitbandversorgung
Az.: 797-20, 009-01/kö
Tel.: 0391/56531-40
weiss@landkreistag-st.de

7. November 2017

Rundschreiben Nr. 589/2017

Europäischer Rat stellt Forderungen für ein digitales Europa auf

**Bezug: Unsere Rundschreiben Nrn. 541/2017 vom 2. November 2016 und
364/2017 vom 6. Juli 2017**

Kurzfassung:

Auf seiner Tagung vom 19./20. Oktober 2017 hat der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen neben den Themen Migration, Sicherheit und Verteidigung das digitale Europa in den Vordergrund gestellt. Zwischen den europäischen Staats- und Regierungschefs besteht Einigkeit, dass die Digitalisierung öffentlicher Verwaltungen ein wesentliches Element für das digitale Europa darstellt. Sie rufen diesbezüglich zur Umsetzung der Ministererklärung von Tallinn zu elektronischen Behördendiensten auf. Ferner wird bis 2025 eine erstklassige Infrastruktur für sehr schnelle Fest- und Mobilfunknetze (5G) „von Weltklasse“ in der gesamten Europäischen Union erwartet.

Die Staats- und Regierungschefs haben zum Ende des Europäischen Rates vom 19./20. Oktober 2017 in Brüssel Schlussfolgerungen zu den Themen Migration, digitales Europa, Sicherheit und Verteidigung (**Anlage 1**) verabschiedet. Das Rundschreiben konzentriert sich auf die in den Schlussfolgerungen verankerten Forderungen zur Digitalisierung.

Der Europäische Rat stellte insbesondere in Aussicht, u. a. zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit die von dem digitalen Wandel betroffenen Politiken überdenken zu wollen. Er kündigt an, das Notwendige dafür zu tun, dass Europa digital werde.

Dafür benötige die EU insbesondere öffentliche Verwaltungen und öffentliche Sektoren, die vollkommen im digitalen Zeitalter angekommen seien und mit gutem Beispiel vorangingen. Ein digitalisierter öffentlicher Sektor sei wesentliche Voraussetzung für die Umgestaltung unserer Gesellschaft und setze folgende Maßnahmen voraus:

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

- elektronische Behördendienste,
- Einsatz neuer Technologien,
- Zugänglichkeit,
- Verwaltungsleistungen aus einer Hand (sog. One-Stop-Government) und
- die Umsetzung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung (sog. Once-Only-Principle).

Der Europäische Rat ruft ausdrücklich zur Umsetzung der Ministererklärung von Tallinn zu elektronischen Behördendiensten auf.

Die von dem estnischen Ministerpräsidenten Jüri Ratas auf dem sog. Digital-Gipfel am 29. September 2017 in Tallinn vorgelegten Schlussfolgerungen (**Anlage 2**) sollen laut den Staats- und Regierungschefs nun die Grundlage für die weitere Arbeit auf allen Ebenen bilden. Demnach sollen alle staatlichen Interaktionen im freien Personen-, Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr digital getätigt werden können. Der Hauptfokus liege dabei auf den Bereichen

- Mobilität (Schaffung vernetzter und automatisierter Korridore),
- Gesundheit (Aufbau individualisierter Medizin) und
- Energie (Nutzung intelligenter Technologien für bessere Energieeffizienz).

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates betonen außerdem die Vollendung des digitalen Binnenmarktes bis Ende 2018 als einen weiteren Schwerpunkt. Rat und Europäisches Parlament sollten u. a. bis Juni 2018 eine Einigung über den Vorschlag für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten und den Kodex für elektronische Kommunikation erzielen. Ferner wird die große Bedeutung adäquater Regelungen für den Datenverkehr mit Drittländern in Handelsabkommen betont.

Außerdem fordern die Staats- und Regierungschefs eine erstklassige Infrastruktur und ein erstklassiges Kommunikationsnetz. Auf EU-Ebene müsste zusammengearbeitet werden, um bis 2020 unter kohärenten rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen sehr schnelle Fest- und Mobilfunknetze (5G) „von Weltklasse“ in der gesamten Union zu verwirklichen. Die Schlussfolgerungen des estnischen Ministerpräsidenten sprechen an dieser Stelle ausdrücklich von Glasfaser- und 5G-Netzwerken.

Der Europäische Rat will ferner durch einen vom Rat vorzulegenden Aktionsplan für konzeptionsintegrierte Sicherheit („security by design“) eine adäquate Sicherheitszertifizierung für Produkte und Dienste verfügbar machen und Cyberangriffen vorbeugen. Aufbauend darauf solle die Kommission zügig Vorschläge zur Cybersicherheit vorlegen.

Außerdem werden geeignete europäische Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität im Internet angekündigt. Zudem müssen Bildungs- und Aus-

bildungssysteme verstärkt Investitionen in digitale Kompetenzen aller Bürger gewährleisten.

Darüber hinaus sprechen sich die Staats- und Regierungschefs u. a. für die Förderung neuer Formen des Unternehmertums durch die EU-Rahmenprogramme einschließlich Horizont 2020, die europäischen Struktur- und Investitionsfonds und den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) aus. Im Hinblick auf neue Trends fordern sie die Kommission auf, bis Anfang 2018 ein europäisches Konzept für künstliche Intelligenz vorzulegen.

Bewertung

Da die Bundesregierung die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates mit verabschiedet hat, dürfte sie sich auch für deren Umsetzung einsetzen. Dies gilt insbesondere für die Vorgabe, bis 2025 sehr schnelle Fest- und Mobilfunknetze (5G) „von Weltklasse“ zu verwirklichen, was lediglich durch Glasfasernetze umgesetzt werden kann.

Offen bleibt allerdings, ob davon der vollständige Glasfaserausbau bis hin zum Hausanschluss erfasst sein soll und wie die erforderliche Infrastruktur geschaffen und finanziert werden kann. Mit Blick auf die Prinzipien Once-Only und One-Stop-Government werden neben dem Nutzen für die kommunale Ebene datenschutzrechtliche Herausforderungen anstehen.



Theel

Anlagen
(**nur** digital)